

Leserbrief zum Artikel im Märkischen Echo auf S. 16:
„Sozialausgaben bestimmen Etat“

Dr. Dietmar Barkusky, Müncheberg

Geringe Investitionen des Landkreises im Jahr 2013 sind skandalös, tönte es in CDU-Kreisen während der Diskussion um den Haushalt des Landkreises Märkisch Oderland. Recht haben sie. Und die FDP beklagte, dass so manche Gemeinde im Oderbruch demnächst zwangsverwaltet werden müsse. Das mag der Fall sein. Ehe aber jene Herren Kreistagspolitiker der Oppositionsparteien die Haushaltspolitik der politischen Mehrheit im Kreistag dafür verantwortlich machen, sollten sie selbstkritisch den Ursachen der Misere auf den Grund gehen.

Wer die Möglichkeit der Einsichtnahme in den Haushalt 2013 des Landkreises nutzt, wird feststellen können, dass pflichtige Aufgaben im Sozialbereich immer weiter steigen, was auf eine zunehmende soziale Schieflage in unserer Gesellschaft hinweist. Da können die Bundesregierenden, CDU und FDP, sich noch so sehr an den Statistiken sinkender Arbeitslosigkeit und guter Zahlen der deutschen

Wirtschaft trotz oder gerade wegen der weltweiten Finanzkrise laben. Ändern tut die schöngeredete Statistik nichts an wachsender Armut unter jungen und alten Menschen, an der Zunahme von Menschen, die trotz vorhandener Arbeit von dieser nicht leben können und zu Bittstellern bei den Sozialämtern werden. Die Abgeordneten von CDU und FDP sollten sich vor allem an ihre Abgeordneten in der Bundesregierung und ihre Fraktionen im Bundestag wenden, um sie zum Handeln aufzufordern, denn sie bestimmen sehr wesentlich die politischen Rahmenbedingungen, unter denen die Kommunen ihr Leben gestalten können. Es liegt vor allem bei ihnen, die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die Kommunalfinzen und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden; dies würde auch das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an demokratischer Mitwirkung erhöhen.

Die Abgeordneten des Kreistages entbindet es natürlich nicht, verantwortungsvoll mit den Finanzen des Landkreises umzugehen. Die FDP macht es sich da leicht, indem sie meint, keine Vorschläge zum Haushalt eingebracht zu haben, weil sie erfahrungsgemäß nicht Gehör finde. Überzeugend klingt diese Argumentation jedenfalls nicht.